

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 20. März 2015 – 2/2015

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015

Zersplitterung des bürgerlichen Lagers

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg war hauptsächlich eine Kommunalwahl. Wesentliche Auswirkungen auf die Bundespolitik sind nicht zu erwarten, aber Rückschlüsse auf allgemeine Tendenzen des Wahlverhaltens durchaus. Ob sich AfD oder FDP (wieder) etablieren können, die Linke ihren Niedergang im Westen aufhalten kann oder sich weitere Kräfte bilden, hängt vor allem von der Mobilisierungskraft von SPD und Union ab.

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015

Zersplitterung des bürgerlichen Lagers

Gerhard Hirscher

Das Ergebnis der Wahl

Bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 15. Februar 2015 war es zentrales Ziel der alleinregierenden SPD, ihre absolute Mehrheit zu erhalten. Eine Regierungsbeteiligung der CDU war unrealistisch, zumal die Grünen als Koalitionspartner für die SPD bereitstanden. Für die Liberalen, die sich einer FDP-Abspaltung als Konkurrenz erwehren mussten, war es auch aus symbolischen Gründen für die Bundespartei lebensnotwendig, wieder in die Bürgerschaft zu kommen. Für die AfD war die Symbolkraft ebenso hoch, hatte sie doch die Chance, erstmals in ein Landesparlament im Westen einzuziehen. Für die Linke war die Chance gegeben, sich in einem für sie günstigen Umfeld zu behaupten und ihren Verfall im Westen aufzuhalten.

Die SPD blieb klar stärkste Partei. Sie erhielt 1.611.274 Landesstimmen, das waren 56.530 weniger als bei der letzten Bürgerschaftswahl. Damit erzielte sie 45,6 % und verfehlte die absolute Mehrheit der Mandate knapp. Die CDU holte noch 561.377 Landesstimmen, das waren 192.428 weniger als 2011. Sie verlor damit über ein Viertel ihrer Stimmen und kam noch auf 15,9 %. Damit blieb sie weit von jeglicher Mehrheitsfähigkeit entfernt. Die Grünen (GAL) kamen auf 432.713 Stimmen und legten 48.211 Stimmen zu. Damit holten sie 12,3 %. Die Linke konnte mit einem Zugewinn von 80.139 Landesstimmen deutlich zulegen und kam auf 300.567 Stimmen, das entsprach 8,5 %. Die FDP legte ebenfalls 33.032 Stimmen zu und kam auf 262.157 Stimmen. Dies entsprach 7,4 % und ihr gelang damit deutlich der Einzug in die Bürgerschaft. Die AfD holte auf Anhieb 214.833 Stimmen und zog mit einem Anteil von 6,1 % ebenfalls in die Bürgerschaft ein. Alle anderen Parteien blieben deutlich unter der 5%-Marke. Über 1 % kamen nur die Piraten mit 54.802 Stimmen oder 1,6 %.

Die Wahlbeteiligung lag bei 56,5 % und damit nochmals 0,8 Prozentpunkte unter dem Wert von 2011. Die Zahl der ungültigen Stimmen lag bei 2,8 %, was wohl auch auf das komplizierte Wahlrecht zurückzuführen war mit insgesamt 10 Stimmen und der Möglichkeit zum Kumulieren und Panaschieren. Von den 121 Sitzen wurden 71 in 17 Mehrmandatskreisen über offene Listen vergeben und 50 über offene Landeslisten der Parteien, wobei je nach Größe der Wahlkreise zwischen 3 und 5 Sitzen verteilt werden.

Die SPD kam in der neuen Bürgerschaft auf 58 von 121 Sitzen und benötigt die Grünen (15 Sitze) als Koalitionspartner. Die Linke mit 11 Sitzen wurde als Koalitionspartner vorab ausgeschlossen und wird für eine Koalition auch nicht benötigt. Die CDU kam auf 20 Sitze, die FDP auf 9 und die AfD auf 8. Die SPD musste 4 Sitze abgeben, die CDU 8 und die FDP konnte ihre Sitze behalten. Gewinner waren neben der AfD die Grünen, die 1 Sitz gewannen, und die

Linke, die 3 Sitze zulegen konnte. Insgesamt kam das bürgerliche Lager aus CDU, FDP und nunmehr AfD auf ein knappes Drittel der Sitze und war damit – wie oft in der Hamburger Parteiengeschichte – weit von der Mehrheitsfähigkeit entfernt.

Bilanz der Wählerwanderungen

Die CDU musste laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap in alle Richtungen in teilweise beachtlichem Ausmaß abgeben. An die FDP verlor sie 9.000 Stimmen, an AfD und SPD jeweils 8.000, 3.000 an die Nichtwähler und jeweils 1.000 an Grüne und andere Parteien. Lediglich mit der Linken war die Bilanz ausgeglichen. Hinzu kam ein Verlust von 10.000 Stimmen an den Generationenwechsel, dem nur ein Gewinn von 1.000 Stimmen aus dem Saldo von Zu- und Fortgezogenen gegenüberstand. Das Mobilisierungsdefizit der CDU zeigte sich sowohl an den hohen Verlusten im bürgerlichen Lager als auch an der Abwanderung zur Regierungspartei SPD.

Gleichzeitig wurden auch Mobilisierungsprobleme bei der SPD deutlich. Sie holte lediglich 8.000 Stimmen von der CDU, verlor aber ansonsten ebenfalls in alle Richtungen: 7.000 Stimmen an die AfD, 4.000 an die Linke, 2.000 an die FDP und jeweils 1.000 an Grüne, Nichtwähler und andere Parteien. Sie gab 7.000 Stimmen an den Generationenwechsel ab, konnte aber 4.000 aus dem Saldo von Zu- und Weggezogenen holen. Ohne den hohen Gewinn von der CDU wäre das Resultat für die SPD also deutlich schlechter ausgefallen.

Auch die Linke musste 1.000 Stimmen an die AfD abgeben, konnte ansonsten aber dazugewinnen. Sie holte jeweils 4.000 Stimmen von SPD und Grünen, 3.000 von den Nichtwählern und 1.000 von anderen Parteien. Mit CDU und FDP war der Saldo ausgeglichen. Auch der Generationenwechsel war mit 3.000 Stimmen im positiven Bereich ebenso wie der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen mit 2.000. Wahrscheinlich konnte die Linke damit erheblich Stimmen aus dem linken Spektrum von SPD und Grünen holen.

Die Grünen verloren 4.000 Stimmen an die Linke und jeweils 1.000 Stimmen an die AfD und andere Parteien. Sie gewannen jeweils 1.000 Stimmen von SPD und CDU; mit der FDP und den Nichtwählern war der Saldo ausgeglichen. Auch bei ihnen war der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen positiv mit 4.000 Stimmen; dazu ein positiver Saldo aus Zu- und Fortgezogenen mit 6.000.

Die FDP konnte nennenswerte Gewinne mit 9.000 Stimmen vor allem von der CDU holen. Dazu kamen 2.000 Stimmen von der SPD und 1.000 von den Nichtwählern; mit Linken, Grünen und sonstigen Parteien war der Saldo ausgeglichen. Allerdings musste auch sie 4.000 Stimmen an die AfD abgeben. Diese Konkurrenz wirkte sich nur deswegen nicht gefährlich auf die FDP aus, weil sie so stark von der CDU Stimmen abziehen konnte. Außerdem verlor sie jeweils 1.000 Stimmen an den Generationenwechsel und den Saldo aus Zu- und Fortgezogenen.

Die AfD holte mit 9.000 Stimmen den größten Teil ihrer Gewinne von den sonstigen Parteien. Immerhin 8.000 Stimmen kamen jeweils von Nichtwählern und CDU, 7.000 von der SPD, 4.000 von der FDP und jeweils 1.000 von Linken und Grünen. Der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen war mit 2.000 im positiven Bereich, der aus Zu- und Fortgezogenen mit 3.000.

Die sonstigen Parteien verloren 9.000 Stimmen an die AfD sowie jeweils 1.000 an Linke und Nichtwähler. Jeweils 1.000 Stimmen kamen von SPD, CDU und Grünen. Sie gewannen 3.000 Stimmen aus dem Generationenwechsel, verloren aber 3.000 an den Saldo aus Zu- und Fortgezogenen.

Die Nichtwähler verloren 8.000 Stimmen an die AfD, 3.000 an die Linke und 1.000 an die FDP. Ihr Lager wurde gefüllt mit 3.000 Stimmen von der CDU und jeweils 1.000 von SPD und sonstigen Parteien.

Zusammensetzung der Wählerschaft

Bei der Wahlentscheidung nach dem Alter kam die CDU laut Infratest dimap bei den 16- bis 24-Jährigen und den 25- bis 34-Jährigen nur auf 13 %, in den folgenden Altersgruppen bis 60 Jahre auf 14 %. Nur bei den Über-60-Jährigen holte sie mit 21 % ein überdurchschnittliches Resultat, hatte dort aber auch mit Abstand die größten Verluste. Bei den Frauen schnitt die CDU mit 17 % besser ab als bei den Männern mit 15 %. Die besten Werte holte sie bei den Frauen über 60 Jahren mit 24 % (FG Wahlen: 22 %).

Die SPD wies eine ähnliche Altersverteilung auf, wenn auch auf höherem Niveau. Auch die SPD kam bei den 16- bis 24-Jährigen auf unterdurchschnittliche 37 % und den 25- bis 34-Jährigen auf 39 % (dort hatte sie auch die größten Verluste). Bei den 35- bis 44-Jährigen holte sie 43 %, den 45- bis 59-Jährigen 47 % und den Über-60-Jährigen 53 %. Auch sie schnitt bei den Frauen mit 47 % besser ab als bei den Männern mit 45 % und holte den besten Wert bei den über 60-jährigen Frauen mit 54 % (FG Wahlen sogar 56 %).

Bei den Grünen sah die Verteilung wie gewohnt anders aus: Sie holten bei den 16- bis 24-Jährigen 15 %, den 25- bis 34-Jährigen 18 %, den 35- bis 44-Jährigen wieder 15 % und den 45- bis 59-Jährigen 14 %. Bei den Über-60-Jährigen kamen sie nur auf 5 %. Sie holten erneut bei den Frauen mit 14 % klar mehr als bei den Männern mit 11 %. In den beiden jüngsten Altersgruppen holten sie bei den Frauen 19 % und 22 %.

Die Linke hatte ebenfalls ihre stärksten Ergebnisse bei den jüngeren Wählern und hat dort auch am stärksten gewonnen. Bei den 16- bis 24-Jährigen holte sie 12 %, den 25- bis 34-Jährigen 11 %, den 35- bis 59-Jährigen 9 % und den Über-60-Jährigen nur 5 %. Sie schnitt bei den Männern mit 9 % etwas besser ab als bei den Frauen mit 8 % jeweils mit den stärksten Ergebnissen bei den Unter-24-Jährigen.

Die FDP holte bei den Unter-34-Jährigen nur 6 %, kam bei den 35- bis 44-Jährigen auf 8 %, den 45- bis 59-Jährigen auf 7 % und den Über-60-Jährigen auf 9 %. Sie schnitt bei den Männern mit 9 % deutlich besser ab als bei den Frauen mit 6 %. Die besten Werte erzielte sie bei den Männern in den mittleren und höheren Altersgruppen mit 10 % und darüber.

Die AfD holte durchweg in allen Altersgruppen 6 %, war bei den Männern mit 7 % aber stärker als bei den Frauen mit 5 %. Ihre besten Werte holte sie bei den Männern über 45 Jahren mit 8 %.

Die sonstigen Parteien hatten laut FG Wahlen ein leichtes Übergewicht von gut 5 % bei den Männern gegenüber knapp 4 % bei den Frauen. Den mit Abstand höchsten Wert holten diese mit fast 13 % bei den Männern unter 29 Jahren. Bei den Wählern über 60 Jahren erreichten sie nur noch etwas mehr als 1 %.

In Bezug auf den Beruf holte die CDU laut Infratest dimap unterdurchschnittliche Werte bei Arbeitern mit 9 % (FG Wahlen allerdings 14 %) und hatte dort auch überdurchschnittliche Verluste. Bei Arbeitslosen und Beamten kam sie auf 11 % (FG Wahlen bei Beamten aber 17 %), bei Angestellten auf 14 % (FG Wahlen 16 %), Selbständigen auf 17 % (FG Wahlen 16 %) und Rentnern auf weit überdurchschnittliche 23% – allerdings dort mit den höchsten Verlusten.

Die SPD erreichte bei den Arbeitern überdurchschnittliche 50 % (FG Wahlen sogar 54 %), den Beamten 47 % (FG Wahlen 44 %), den Angestellten 45 % (FG Wahlen 48 %) und bei den Selbständigen 33 % (FG Wahlen 34 %). Bei den Rentnern holte sie weit überdurchschnittliche 54 %, den Arbeitslosen jedoch nur 42 %.

Die Grünen hatten ihre Schwerpunkte bei den Beamten und Selbständigen mit jeweils 19 % (FG Wahlen aber nur 17 %) und kamen bei den Angestellten noch auf 14 % (FG Wahlen 13 %). Bei den Arbeitslosen erzielten sie 11 %, den Arbeitern nur 9 % (FG Wahlen sogar nur 5 %) und den Rentnern 3 %.

Die Linke hatte einen klaren Schwerpunkt bei Arbeitslosen mit 18 % und Arbeitern mit 13 % (FG Wahlen nur 9 %). Bei Beamten kam sie noch auf 10 % (FG Wahlen 9 %), bei Selbständigen auf 9 % (FG Wahlen 10 %), bei Angestellten auf 8 % und bei Rentnern auf 4 %.

Die FDP holte mit Abstand die meisten Stimmen bei den Selbständigen mit 14 % (FG Wahlen 13 %). Bei Rentnern kam sie auf 9 %, Angestellten auf 7 %, Beamten auf 6 % und Arbeitslosen auf 5 % sowie Arbeitern auf 3 % (FG Wahlen 4 %).

Die AfD holte ihren besten Wert bei den Arbeitern mit 11 % (FG Wahlen 9 %). Bei den Arbeitslosen erreichte sie 7 %, den Rentnern und Angestellten 6 % (FG Wahlen bei Angestellten nur 5 %) sowie bei den Beamten und Selbständigen 4 % (FG Wahlen sah sie in beiden Gruppen bei 6 %).

Die sonstigen Parteien waren laut FG Wahlen vorwiegend bei den Arbeitern mit 5 % überrepräsentiert, kamen bei den Selbständigen noch auf knappe 5 %, den Angestellten aber nur auf 4 % und den Beamten auf 2 %.

Bei der Aufschlüsselung nach der formalen Bildung zeigte sich bei der CDU nur teilweise die bei klassischen Volksparteien übliche Verteilung. Laut FG Wahlen kam sie bei Wählern mit Hauptschulabschluss auf 15 %, denen mit mittlerer Reife auf 18 %, denen mit Hochschulreife auf 14 % und denen mit Hochschulabschluss auf 15 %.

Die SPD zeigte ein großes Übergewicht von Wählern mit Hauptschulabschluss mit 63 %. Bei den Wählern mit mittlerer Reife und Abitur holte sie 51 % sowie 43 %, bei denen mit Hochschulabschluss 37 %.

Anders die Verteilung bei der Linken: Dort fanden sich die Wähler mit Hauptschulabschluss mit 5 %, die mit mittlerer Reife mit 7 %, die mit Hochschulreife sowie Hochschulabschluss bei jeweils 10 %.

Die Grünen zeigten erneut eine bekannte Verteilung: Bei den Hauptschulabsolventen holten sie 3 %, denen mit mittlerer Reife 6 %, denen mit Abitur 14 % und denen mit Hochschulabschluss 20 %.

Auch die FDP zeigte eine vergleichbare Verteilung, wenn auch auf viel niedrigerem Niveau: Bei den Hauptschulabsolventen holte sie knapp 6 %, denen mit mittlerer Reife 6 %, denen mit Abitur 7 % und denen mit Hochschulabschluss 10 %.

Die AfD kam bei den Wählern mit Hauptschulabschluss auf 7 %, denen mit mittlerer Reife auf 8 %, denen mit Abitur auf 7 % und denen mit Hochschulabschluss nur auf 4 %.

Die sonstigen Parteien waren bei den Hauptschulabsolventen mit 3 % unterdurchschnittlich vertreten, holten aber bei den Wählern mit mittlerer Reife 4 %, denen mit Abitur 6 % und denen mit Hochschulabschluss knapp 5 %.

Zusammenfassende Thesen

In der Hamburger Bürgerschaftswahl war die CDU von vornherein chancenlos. Es überwogen klar die Eigenschaften einer Hamburger Kommunalwahl – bundespolitische Einflüsse waren kaum zu verzeichnen (die FG Wahlen verzeichnete 76 % der Befragten, die die Politik in Hamburg bei dieser Wahlentscheidung als wichtiger ansahen). So kam laut FG Wahlen auf einer Skala von +5 bis -5 die SPD in Hamburg auf einen hervorragenden Wert von +2,7, während die Bundespartei nur +2,0 erreichte. Umgekehrt bei der CDU: Sie wurde in Hamburg mit +0,5 bewertet, die Bundespartei aber mit +1,7. Die Grünen übertrafen diese Bewertung in den Augen aller Wähler mit +1,1 deutlich. Lediglich die FDP mit -0,8 und die Linke mit -1,2 waren schlech-

ter bewertet. Die AfD kam zwar auf äußerst negative -2,9, was ihren Einzug ins Landesparlament aber nicht verhinderte.

Auch bei der Bewertung der Spitzenkandidaten war der Unterschied überwältigend: Amtsinhaber Olaf Scholz kam seit Anfang 2014 laut Infratest dimap durchgehend auf Werte um 70 % und erhielt zuletzt 67 % Zustimmung bei der Frage nach einer fiktiven Direktwahl. Sein Gegenkandidat Dietrich Wersich von der CDU kam nur auf 11 %. Selbst bei den Anhängern von FDP (59 %), AfD (43 %), Linken (41 %) und CDU (35 %) erreichte Scholz gute Werte. Insgesamt sagten laut FG Wahlen 83 % aller Wähler, Scholz mache seine Sache gut. Auch mit der Arbeit des Senats zeigten sich 65 % zufrieden. Angesichts dieser Ergebnisse war die Wahl für die CDU nicht zu gewinnen. Jeweils 53 % gaben eine SPD-Alleinregierung oder eine Koalition von SPD mit den Grünen als bevorzugte Konstellation an; eine Regierung aus SPD und CDU befürworteten nur 33%.

Bei den Parteikompetenzen spiegelte sich der Vorsprung der SPD ebenfalls deutlich wider: Sie lag in allen von der FG Wahlen abgefragten Feldern weit vorn, so auch in den Bereichen Wirtschaft (52 % bei 18 % für die CDU), Arbeitsplätze (48 % bei 17 % für die CDU), Wohnungsmarkt (49 % bei 9 % für die CDU) und allgemein die Zukunftskompetenz (47 % bei 15 % für die CDU). Etwas geringer war der Abstand nur bei Schule / Bildung (36 % bei 14 % für die CDU), Ausländerpolitik (35 % bei 14 % für die CDU) und Verkehr (27 % bei 20 % für die CDU). Im letzteren Bereich kamen auch die Grünen mit 16 % auf hervorragende Werte; auch im Bereich Ausländerpolitik sowie Schule / Bildung erreichten sie 12 % sowie 8 %. Sogar die Linke kam in der Ausländerpolitik (10 %) und bei Schule / Bildung (7 %) auf erwähnenswerte Nennungen. Die CDU konnte also in keinem Politikfeld einen erkennbaren Kompetenzvorsprung erarbeiten. Die SPD profitierte vom Amtsinhaber, der positiven Bewertung des Senats und der überlegenen Kompetenzzuschreibung in allen Politikfeldern. Dagegen konnte sich die CDU weder personell noch inhaltlich positionieren.

Der SPD gelang es, sich erfolgreich als Kraft der Mitte darzustellen. Unter den lokalen Konkurrenzbedingungen sorgte dies für so viel Mobilisierung, dass sie nur relativ wenig Stimmen verlor. Die Gewinne von der CDU kompensierten dabei zu großen Teilen die Verluste an die AfD, die Linke und den Generationenwechsel. Sie verlor die absolute Mehrheit, kann aber mit den Grünen als Wunschpartner eine Koalition bilden.

Im Gegensatz zur SPD konnte die CDU sich nicht als Volkspartei präsentieren. Sie verlor über ein Viertel ihrer Stimmen, von denen etwa die Hälfte an die bürgerlichen Konkurrenzparteien FDP und AfD ging. Die CDU konnte sich andererseits nicht als Partei des „kleinen Mannes“ präsentieren. Es fehlten vor allem Stimmen aus dem Bereich der Arbeiterschaft, aber auch von Rentnern.

Die Grünen konnten sich als Koalitionspartner präsentieren, ohne personell oder durch besondere Kompetenzzuwächse glänzen zu müssen. Sie profitierten von ihrer großen Stammwählerschaft in einem für sie strukturell günstigen Umfeld.

Die Linke konnte sich – analog zu einem Bundestrend der letzten Monate – stabilisieren und von der SPD abgrenzen. Sie profitierte von Zuwächsen vor allem bei Arbeitern und Arbeitslosen und generell bei jüngeren Bürgern.

Die FDP konnte ihren Negativtrend beenden und wieder in ein Landesparlament einziehen. Dies war hauptsächlich der Spitzenkandidatin und der Dynamik des Wahlkampfes geschuldet und nicht nennenswerten Kompetenzzuwächsen. Die Liberalen profitierten weit überwiegend vom Gewinn aus der Wählerschaft der CDU, weswegen ihr Erfolg keine Verbreiterung der Basis einer bürgerlichen Mitte bedeutet.

Die AfD konnte einen symbolisch wichtigen Erfolg erzielen und erstmals in ein westliches Landesparlament einziehen. Den größten Teil ihrer Wählerschaft zog sie vom bürgerlichen Lager aus CDU und FDP ab. Anders als die FDP war sie wahlsoziologisch weit breiter aufgestellt und erhielt überdurchschnittlich viele Stimmen aus dem Arbeiterbereich. Sie wurde von ihren Wählern erneut nicht nur als rechtskonservative Kraft, sondern auch als soziale Protestpartei gesehen.

Über die weitere Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland kann anhand dieser Wahl keine langfristige Prognose gegeben werden. Ob sich AfD oder FDP (wieder) etablieren können, die Linke ihren Niedergang im Westen aufhalten kann oder sich weitere Kräfte bilden, hängt vor allem von der Mobilisierungskraft von SPD und Union ab. Wenn sich die SPD als Volkspartei der Mitte präsentieren kann, dann muss die Union vor allem diesen Kampf aufnehmen (Kampf um den „kleinen Mann“). Nur so sind die wesentlichen Verluste, wie sie bei dieser Wahl auftraten – nämlich an die Nichtwähler, an die AfD und an die SPD – einzudämmen.

Autor

Dr. Gerhard Hirscher

ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung, Hanns-Seidel-Stiftung, München.